

## Antrag

der Fraktion der SPD

### Zusätzlichen Fluglärm in Mainz und Rheinhessen durch einseitig verlagerte Flugrouten abwenden – Transparenz und stärkere Beteiligung bei Flugrouten schaffen

#### I. Der Landtag stellt fest:

Die Menschen im Rhein-Main-Gebiet, in der Stadt Mainz und in Rheinhessen sind vom Fluglärm durch den Flughafen Frankfurt/Main in besonderer Weise betroffen. Durch die neue Landebahn Nordwest können bis zu 250 000 zusätzliche Flugbewegungen im Jahr möglich sein.

Die Bürgerinnen und Bürger von Rheinland-Pfalz mussten zur Kenntnis nehmen, dass die hessische Landesregierung mutwillig den Weg der Einhaltung des Mediationsergebnisses und insbesondere der Einführung eines Nachtflugverbotes verlassen hat. Nachdem die Bundesregierung eine entsprechende Änderung des Luftverkehrsgesetzes zu Gunsten rein wirtschaftlicher Interessen und zu Lasten des Lärmschutzes plant, um ein Nachtflugverbot auszuschließen, legt die Deutsche Flugsicherung (DFS) – in Absprache mit Hessen und ohne Einbeziehung des Landes Rheinland-Pfalz – nun die Pläne für die Flugrouten vor.

Zusätzlich zu den bereits bestehenden Belastungen durch Fluglärm, die durch den Ausbau des Frankfurter Flughafens voraussichtlich stark zunehmen, führen die vorgestellten Varianten zu einer weiter steigenden Fluglärmbelastung der Bürgerinnen und Bürger auf der rheinland-pfälzischen Seite. Durch die Erweiterung des kontrollierten Luftraums und die Absenkung der Flughöhe auf 3 500 Fuß sind Mainz, Rheinhessen und die Region bis nach Bad Kreuznach betroffen. Rheinland-Pfalz wurde dabei nicht beteiligt. Der rheinland-pfälzische Landtag und die Landesregierung lehnen eine einseitige Verlagerung von Fluglärm durch den Flughafen Frankfurt/Main zu Lasten von Rheinland-Pfalz kategorisch ab. Daher haben die Vertreter des Landes die Sitzung der Fluglärmkommission, auf der die neue Routenführung vorgestellt wurde, unter Protest verlassen. Die rheinland-pfälzische Landesregierung drängt gemeinsam mit den betroffenen Kommunen in Rheinland-Pfalz und deren Bürgerinnen und Bürgern gegenüber der hessischen Landesregierung auf die Einführung und Einhaltung des Nachtflugverbots am Frankfurter Flughafen.

Die DFS hat in der bisherigen Diskussion immer den Eindruck erweckt, dass das bisherige Abflugroutenkonzept alternativlos sei. Rheinland-Pfalz hatte dagegen im August 2010 ein Gutachten in Auftrag gegeben. Mit den jetzt vorgelegten Ergebnissen des Gutachtens wird klargestellt, dass Alternativlösungen denkbar sind, welche die Bevölkerung in Rheinland-Pfalz entlasten können. Im Ergebnis muss es Ziel sein, eine faire Lastenverteilung bei der Fluglärmsituation zu schaffen.

#### II. Der Landtag begrüßt

- das Engagement von Bürgerinnen und Bürger und der Bürgerinitiativen in Mainz und Rheinhessen, die mit zahlreichen Eingaben und sachlichen Informationen auf die Situation durch den Flughafenausbau Frankfurt/Main aufmerksam gemacht haben;

- die Bundesratsinitiative des Landes Rheinland-Pfalz von 2009/2010 zu Verbesserungen beim Verkehrslärmschutz (Bundesratsdrucksache 834/09), welche die notwendige Verringerung und Vermeidung von Verkehrslärm aufgreift;
- die geplante Bundesratsinitiative der rheinland-pfälzischen Landesregierung zur bürgerfreundlichen Änderung des Luftverkehrsgesetzes. Die Flugsicherung soll über eine Änderung des Luftverkehrsgesetzes verpflichtet werden, in der Nacht dem Lärmschutz Priorität vor wirtschaftlichen und betrieblichen Belangen einzuräumen;
- die von der rheinland-pfälzischen Landesregierung beabsichtigte Einrichtung einer Lärm-Messstation. Die ZRM, ein Zusammenschluss von Städten, Landkreisen und Gemeinden im Umfeld des Frankfurter Flughafens hat einen gemeinnützigen Verein beauftragt, den Fluglärm selbst zu messen. Auch die Stadt Mainz als bislang Hauptbetroffene in Rheinland-Pfalz beim Fluglärm bemüht sich um ein Fluglärm-Monitoring. Die Landesregierung beabsichtigt, ihre Unterstützung für ein Fluglärm-Monitoring in einem Mainzer Stadtteil anzubieten;
- die aktuellen Aktivitäten der von Fluglärm betroffenen Kommunen in Rheinland-Pfalz und der Stadt Mainz. Die betroffenen rheinland-pfälzischen Städte, Landkreise und die Stadt Mainz setzen sich seit jeher gemeinsam gegen eine Zunahme des Fluglärms durch den Flughafen Frankfurt/Main ein. Vertreter der dem Flughafen benachbarten Gemeinden bzw. Landkreise und der Stadt Mainz sind bereits Mitglied der Fluglärmkommission am Flughafen Frankfurt/Main. Die rheinland-pfälzische Landesregierung ist bei der Fluglärmkommission mit Gaststatus vertreten.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- gegenüber der hessischen Landesregierung weiter dafür einzutreten, dass am Flughafen Frankfurt/Main das von dieser zugesagte strikte Nachtflugverbot endlich eingehalten wird;
- im Rahmen ihrer politischen Möglichkeiten darauf hinzuwirken, dass die hessische Landesregierung auf weitere Schritte verzichtet, mit denen das zugesagte Nachtflugverbot weiter verhindert oder verzögert wird;
- gegenüber der Bundesregierung weiter dafür einzutreten, dass eine Änderung des Luftverkehrsgesetzes zu Lasten des Lärmschutzes unterbleibt. Den Anwohnerinnen und Anwohnern von Flughäfen in Ballungszentren sind weitere Fluglärmbelastungen in der Nachtkernzeit nicht zumutbar;
- dafür einzutreten, die rechtlichen Rahmenbedingungen auf Bundesebene dahingehend zu verändern, dass künftig mehr Transparenz und eine stärkere Beteiligung bei der Festlegung von Flugrouten gesichert ist;
- gegenüber allen Verantwortlichen auf Bundesebene, gegenüber der hessischen Landesregierung, der DFS und dem Bundesamt für Flugsicherung dafür einzutreten, dass alle technischen Möglichkeiten der Lärmentlastung, insbesondere lärmindernde An- und Abflugverfahren, tatsächlich zeitnah erprobt und schnellstmöglich umgesetzt werden;
- weiter dafür aktiv einzutreten, dass die geplanten Flugrouten des Flughafens Frankfurt/Main nicht einseitig Rheinland-Pfalz belasten. Die alternativen Flugrouten, wie sie von dem von der rheinland-pfälzischen Landesregierung in Auftrag gegebenen Gutachten aufgezeigt werden, müssen umgesetzt werden. Der Fluglärm durch den Flughafen Frankfurt/Main muss gerechter verteilt werden. Es darf nicht sein, dass Hessen wirtschaftlich und über Steuereinnahmen vom Flughafen profitiert, die Lärmbelastung aber nach Rheinland-Pfalz verlagert wird.

Für die Fraktion:  
Jochen Hartloff